



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Rosi Steinberger, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kommunale Klimaanpassung voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Klimaanpassung der Gemeinden mittels grüner und blauer Infrastruktur zu unterstützen.

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- die Vorgabe der flächenscharfen Ausweisung von Frischluftschneisen, Kaltluftentstehungsgebieten, Trenngrün und Wasserretentionsräumen in den Flächennutzungsplänen,
- die Ermittlung der Versiegelungsquote für Stadtteile bei allen Gemeinden über 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern,
- die Einführung eines Richtwertes für den Mindestanteil an Grünflächen für Stadtteile bei allen Gemeinden über 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern,
- die Berücksichtigung des Regenwasserrückhaltes auf der Fläche bei allen neuen Bebauungsplänen,
- die Berücksichtigung von mindestens 10 m breiten Gewässerrandstreifen bei allen neuen Bebauungsplänen,
- in Gebieten mit Wasserknappheit die verbindliche Festschreibung der Nutzung von Brauchwassersystemen und dezentraler Regenspeicherung in neuen Bebauungsplänen.

Begründung:

Die Klimaanpassung zählt für die Gemeinden zu den wichtigsten Herausforderungen für die Daseinsvorsorge. Um schwer korrigierbare Fehlentwicklungen zu vermeiden, muss bereits jetzt mit planerischen Vorgaben auf diese Herausforderungen reagiert werden. Trotz hoher Nachfrage nach bebaubarem Grund müssen Frischluftschneisen, Grünflächen und Wasserrückhalteräume in bebauten Bereichen freigehalten werden. Dies dient sowohl dem Wasserrückhalt bei Starkregenereignissen als auch der Wasserspeicherung und Abmilderung von Hitzeperioden. Zusätzlich ist in Gebieten mit Wasserknappheit eine Reduktion des Trinkwasserverbrauchs und eine Nutzung von Regenwasser fest zu etablieren. Diese Maßnahmen sind von staatlicher Seite mit Beratungs- und Förderprogrammen zu unterstützen.